



Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2015 ging wieder einmal schneller zu Ende, als einem lieb sein kann. Höchste Zeit, noch einmal auf die letzten Monate und die Themen zurückzublicken, die mich als bildungspolitische Sprecherin besonders bewegt haben.

Das neue Sächsische Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft wurde am 08. Juli von der Koalition im Landtag verabschiedet und trat zum 01. August in Kraft. Leider blieb es bis zuletzt in für uns GRÜNE entscheidenden Punkten praktisch unverändert. Was das von uns beauftragte Juristische Gutachten aussagt und wie es jetzt weitergeht, können Sie in diesem Newsletter nachlesen.

Dass die schulische Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Anbetracht der steigenden Zahl von Schutzsuchenden kein Selbstläufer ist, ist vermutlich nicht mal strittig. Dennoch konnte sich die schwarz-rote Koalition im November-Plenum nicht dazu durchringen, unserem GRÜNEN-Antrag zuzustimmen, in dem wir mehr Personal und eine Ausweitung der Unterstützungsstrukturen forderten.

Das Jahr 2016 wird ganz im Zeichen der Novellierung des Sächsischen Schulgesetzes stehen. Wir GRÜNE wollen diesen Prozess kritisch und konstruktiv begleiten. Unser Fachgespräch „Gemeinschaftsschulen in Sachsen“ im November stellte den Auftakt dar für weitere Veranstaltungen und Gespräche unter dem Motto „Gute Schule 2020 – Anforderungen und Erwartungen an ein neues Sächsisches Schulgesetz“. Einen kleinen Rückblick finden Sie auf den folgenden Seiten.

Ich wünsche Ihnen ein frohes und gesundes Jahr 2016!

Ihre Petra Zais

Inhalt

- [Schulen in freier Trägerschaft: Keine erneute Normenkontrolle](#)
- [Schulische Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sicherstellen!](#)
- [Kindertagesbetreuung: Neuer Personalschlüssel bringt kaum Verbesserungen](#)
- [Lehrermangel: Die Personaldecke wird immer dünner](#)
- [Bildungsgerechtigkeit in Sachsen? Es bestehen Zweifel...](#)
- [Schulische Inklusion – Sachsen war schon weiter!](#)
- [Start der Reihe „Gute Schule 2020 – Anforderungen und Erwartungen an ein neues sächsisches Schulgesetz“](#)





[PM „Keine erneute Normenkontrolle beim Thema Freie Schulen: Wir bedauern, aber respektieren die Entscheidung der Fraktion DIE LINKE“ \(11.11.2015\)](#)

[PM „Freie Schulen: GRÜNE sehen Zweifel an verfassungskonformer Umsetzung durch Juristischen Dienst bestätigt“ \(23.09.2015\)](#)

Schulen in freier Trägerschaft: Keine erneute Normenkontrolle

Nach Veröffentlichung des Entwurfs für ein neues Sächsisches Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft im Frühjahr 2015, beauftragte die GRÜNE-Fraktion im Mai ein Rechtsgutachten beim Juristischen Dienst des Landtags. Das Ergebnis der Prüfung liegt seit Ende August vor, einen Monat nach Inkrafttreten des Gesetzes. Das Gutachten bestätigt unsere Zweifel an der verfassungskonformen Umsetzung des wegweisenden Urteils vom 15. November 2013. Im Gesetz ist nicht nachvollziehbar dargelegt, inwieweit Ersatzschulen ohne die Erhebung von Schul- und Lernmittelgeld dauerhaft den Betrieb aufrechterhalten können und die Regelung eines Ausgleichsanspruchs tatsächlich verzichtbar ist. Petra Zais stellte die Ergebnisse des Gutachtens in einem Pressegespräch am 23. September 2015 vor. Mit der Fraktion DIE LINKE wurde im Anschluss die Option einer erneuten abstrakten Normenkontrolle geprüft. Letztlich entschied diese sich gegen ein solches Vorgehen. Wir bedauern, aber respektieren diese Entscheidung. Nun gilt es, Aktionen und Verfahren von Eltern und Schulträgern zu unterstützen. Ziel muss es sein, Rechtssicherheit zu schaffen und den Besonderheiten der Sächsischen Verfassung Rechnung zu tragen. Möglich ist nach wie vor das Anstreben einer konkreten Normenkontrollklage. Das weitere Vorgehen und aktuelle Problemlagen erörterte Petra Zais in einem Treffen mit Verbands- und Elternvertreterinnen und -vertretern freier Schulen am 09. November 2015.

► Das vollständige Gutachten des Juristischen Dienstes des Landtags können Sie [HIER](#) nachlesen.

► [HIER](#) finden Sie eine Gegenüberstellung der abstrakten und konkreten Normenkontrollklage.

Petra Zais stand und steht in stetem Austausch mit Verbands- und Elternvertreterinnen und -vertretern von Schulen in freier Trägerschaft sowie den freien Schulen selbst. Am 20. Mai 2015 besuchte sie die Karl Schubert Schule in Leipzig – eine der sieben Schulen in Sachsen, die aufgrund einer verfassungswidrigen Regelung ganze vier Jahre auf staatliche Förderung verzichten musste. Der Forderung, im neuen Gesetz eine Übergangsregelung für diese Schulen aufzunehmen, kamen die Koalitionäre von CDU und SPD leider nicht nach. Dabei arbeitet die Schule seit Jahren erfolgreich und ist insbesondere bei der integrativen Beschulung Vorreiterin in Sachsen. Außerdem hat sie einen tollen Schulgarten – mit dem die Schule es inzwischen unter die 10 Finalistinnen des 9. Schulgartenwettbewerbs geschafft hat! Ein nächster Besuch von Petra Zais ist für das Frühjahr 2016 anberaumt.

Am 09. Oktober 2015 klappte es endlich auch mit einem Besuch in der Natur- und Umweltschule (NUS) Dresden. Neben der Besichtigung des großzügigen Außengeländes und der Waldplätze ging es im Gespräch vor allem um die zahlreichen gerichtlichen Auseinandersetzungen, die die Schule mit der Sächsischen Bildungsagentur (SBA) in den vergangenen vier Jahren zu führen hatte. Genehmigung und Betrieb der NUS standen immer wieder zur Disposition. Durch Beschlüsse des Verwaltungsgerichts Dresden ist der Fortbestand der Schule inzwischen gesichert – auch wenn der Streit vor Gericht aufgrund des Widerspruchs der SBA in die nächste Runde geht.



Petra Zais zu Besuch in der Karl Schubert Schule Leipzig



Petra Zais zu Besuch in der NUS

[GRÜNER Antrag „Schulische Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sicherstellen“ \(Drs 6/2774\)](#) und [Stellungnahme der Staatsregierung](#)

Schulische Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sicherstellen!

Die GRÜNE-Landtagsfraktion fordert mehr Anstrengungen bei der schulischen Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, insbesondere

[Plenardebatte zum GRÜNEN Antrag \(20.11.2015\)](#)

[PM „Landtagsdebatte – GRÜNE fordern mehr Personal für die schulische Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund“ \(13.11.2015\)](#)

mehr Personal für das Fach „Deutsch als Zweitsprache“ (DaZ) an den Schulen sowie Unterstützung seitens der Schulaufsicht. Ein entsprechender Antrag stand am 20. November 2015 auf der Tagesordnung des Plenums.

Konzeptionell sehen wir den Freistaat hier gut aufgestellt. Die schrittweise Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund war lange eine Erfolgsgeschichte. Diese wird dadurch gefährdet, dass zu langsam und zögerlich auf den Anstieg der Zahl der Schutzsuchenden reagiert wird. Dabei ist rund jeder dritte nach Deutschland kommende Flüchtling oder Asylsuchende unter 18 Jahren und damit in der Regel schulpflichtig.

Die Landtagsdebatte zu unserem Antrag war eine große Enttäuschung. Sowohl Koalition als auch Staatsregierung versteckten sich hinter Berichten zu aktuellen Zahlen und negierten jedweden Handlungsbedarf. Wir werden weiter am Thema bleiben – insbesondere die ausreichende Aus-, Fort- und Weiterbildung von DaZ-Lehrkräften als auch die räumlichen Voraussetzungen für weitere Vorbereitungsklassen stehen ganz oben auf der Agenda. Dazu gehört auch die Einrichtung von DaZ-Klassen an Schulen in freier Trägerschaft und Gymnasien.



[PM „Bertelsmann-Studie zum Betreuungsschlüssel: Beim qualitativen Ausbau von Kitas steht Sachsen am Anfang“ \(24.08.2015\)](#)

[Kleine Anfrage „Qualitätsdialog Kindertagesbetreuung“ \(Drs 6/2517\)](#)

Kindertagesbetreuung: Neuer Personalschlüssel bringt kaum Verbesserungen

Zum 01. September 2015 wurde der Personalschlüssel in sächsischen Kitas von rechnerisch 1:13 auf 1:12,5 verbessert. In den Kindertageseinrichtungen bringt dieser Minischritt kaum Bewegung: Der zeitliche Gewinn liegt bei wenigen Minuten pro Kind. Bei 90 Kindern etwa hat eine Erzieherin nun gerade einmal anderthalb Minuten mehr Zeit pro Kind und Tag. Die Bertelsmann Stiftung bescheinigt dem Freistaat zum wiederholten Male einen der schlechtesten Betreuungsverhältnisse bundesweit. Schlusslicht ist Sachsen bei der Betreuungsrelation für unter Dreijährige. Bei den Kindern zwischen 3 und 6 Jahren hat nur Mecklenburg-Vorpommern ein noch ungünstigeres Verhältnis zwischen einer Vollzeitkraft und der Anzahl betreuter Kinder.

Darüber hinaus zeigen Staatsregierung und Koalition wenig Engagement, langfristig die Standards zu heben und die Betreuungsqualität nachhaltig zu verbessern. Eine kleine Anfrage hat aufgezeigt, dass man zwar Kenntnis vom „Qualitätsdialog“ der Bundesregierung hat – in der zugehörigen Bund-Länder-Arbeitsgruppe ist Sachsen jedoch nicht einmal vertreten. So macht sich die Staatsregierung sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene einen schlanken Fuß.

Es wurde über Jahre versäumt, den gestiegenen Qualitätsanforderungen auch mehr finanzielle Unterstützung folgen zu lassen. Wir halten an der Forderung fest, den Personalschlüssel in einem Schritt auf 1:12 in der Kita und auf 1:5 in der Krippe zu senken. Außerdem müssen Vor- und Nachbereitungszeiten und Zeiten für Elternarbeit, für Beobachtung und Dokumentation stärker berücksichtigt werden. Wir sind überzeugt: Wenn Sachsen nicht bald den frühkindlichen Bildungsbereich stärkt, wird es mittelfristig auch im schulischen Bereich schlechter abschneiden.

[PM „Einklagen von Schulplätzen – Freie Schulwahl ade?“ \(30.12.2015\)](#)

[PM „Thema Lehrereinstellungen: Wird die Ausnahme zur Regel? Mehr Seiteneinsteiger und schulfremder Unterrichtseinsatz“ \(11.12.2015\)](#)

Lehrermangel: Die Personaldecke wird immer dünner

Kaum ein Thema prägt so intensiv und seit so langer Zeit die Debatte um die sächsische Bildung(spolitik) wie der Mangel an qualifizierten Nachwuchslehrerinnen und -lehrern – trotz „Bildungspaket 2020“ und „Sachsen-Stipendium“. Verschiedene Auswüchse und Folgen des Lehrermangels dokumentiert Petra Zais regelmäßig mit Hilfe Kleiner Anfragen.

Einen Höchststand hat die Einstellung von Bewerberinnen und Bewerbern erreicht, die über keine Lehrerausbildung verfügen. Das betrifft inzwischen 345 der neu ein-

[PM „GRÜNE fordern bessere Arbeitsbedingungen für angehende Lehrerinnen und Lehrer“ \(23.11.2015\)](#)

[PM „Zweite Fremdsprache – Jedes Los gewinnt? GRÜNE: Zugang nicht dem Zufall überlassen!“ \(26.10.2015\)](#)

[PM „Für kein Geld der Welt“ – Sachsenstipendium für Lehramtsstudierenden greift zu kurz“ \(22.09.2015\)](#)

gestellten Nachwuchskräfte. Weitere 247 Lehrkräfte wurden zum Schuljahr 2015/16 in einer Schulart eingestellt, die nicht ihrer Ausbildung entspricht. Bei den schulart-fremden Abordnungen ist ein Anstieg um über 60 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen (jetzt 622 Lehrkräfte, Schuljahr 2014/15: 384).

Zum Schuljahr 2015/16 wurde an fast jedem fünften Gymnasium der Zugang zur zweiten Fremdsprache ausgelost. Insgesamt waren 29 Schulen mit 87 Klassen betroffen, 190 Schülerinnen und Schüler wurden umgelenkt.

In 86 Fällen sind Schülerinnen und Schüler bzw. deren Eltern im Schuljahr 2015/16 gegen die Zuweisung zu einer bestimmten Schule rechtlich vorgegangen. Insgesamt 44 der 86 Verfahren waren erfolgreich im Sinne der Antragsstellerinnen und Antragsteller. Die freie Schulwahl ist ein hohes Gut. Sie muss auch in Zeiten von Lehrermangel, steigenden Schülerzahlen und räumlichen Engpässen gewährleistet bleiben.

Insgesamt zeigt sich, dass sich die Personalsituation weiter zuspitzt – und das im Koalitionsvertrag angekündigte „Lehrerpersonalentwicklungskonzeptes 2020“ lässt derweil weiter auf sich warten...

[Weitere Zahlen und Hintergründe finden Sie in den verlinkten Pressemitteilungen auf der linken Seite.]



[PM „Zweiter Bildungsweg ist ein Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit – Ländliche Räume werden dabei benachteiligt“ \(16.07.2015\)](#)

[PM „Chancen auf einen guten Schulabschluss sind in Sachsen höchst unterschiedlich“ \(29.06.2015\)](#)

[PM „GRÜNE verwundert über Bildungsempfehlungen für Schuljahr 2015/16: Deutliche Unterschiede zwischen Landkreisen“ \(11.05.2015\)](#)

Bildungsgerechtigkeit in Sachsen? Es bestehen Zweifel...

Die Wahrscheinlichkeit, in Sachsen eine Bildungsempfehlung für das Gymnasium zu bekommen, ist in hohem Maße vom Wohnort abhängig. Ebenso gibt es enorme regionale Unterschiede bei der Vergabe von Schulabschlüssen, sowohl an allgemeinbildenden Schulen als auch an Schulen des Zweiten Bildungsweges. Petra Zais hat mithilfe Kleiner Anfragen Zahlen zutage gefördert, die mindestens erklärungsbefürchtig sind.

„Für mich sind folgende Fragen zentral: Gelingt es uns, alle Schülerinnen und Schüler, unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder Region, entsprechend ihrer Potenziale zu fördern und zum bestmöglichen Abschluss zu führen? Sind Bildungswege durchlässig und anschlussfähig? Und haben auch Erwachsene noch die Möglichkeit, Abschlüsse nachzuholen? Ich habe nach Kenntnis der Zahlen zu den erteilten Bildungsempfehlungen und den vergebenen Abschlüssen einige Zweifel an der Bildungsgerechtigkeit in Sachsen“, so Zais.

„Wir müssen die Frage der Bildungsgerechtigkeit wieder stärker in den Mittelpunkt rücken. Bildungspolitik ist mehr als die Verwaltung von Personal und Ressourcen. Einen echten Gestaltungswillen kann ich bei Kultus jedoch nicht erkennen.“



Petra Zais im Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern des Landeselternrates

[PM „Schulische Inklusion – Sachsen war schon weiter!“ \(05.06.2015\)](#)

Schulische Inklusion – Sachsen war schon weiter!

Im Herbst 2011 – nach einer viel gelobten „Sternstunde des Parlaments“ – wurde ein fraktionsübergreifender Antrag zur Integration und Inklusion im sächsischen Schulwesen verabschiedet. Im Ergebnis dieses Beschlusses legte die Staatsregierung im Frühjahr 2012 einen Aktions- und Maßnahmeplan (AMP) vor. Anders als vom Parlament beschlossen, blieb die Fortschreibung dieses AMP jedoch bis heute schuldig – trotz der Vorlage von Empfehlungen einer eigens gebildeten Expertenkommission im Dezember 2012, die bis heute keinen Eingang in den AMP gefunden haben.

Wir GRÜNE sind überzeugt: Es fehlt nicht Expertise, sondern am politischen Willen zur Umsetzung von Inklusion. Nach erfreulicher Bewegung beim Thema herrscht nun Stillstand. Wir fordern, den vorhandenen AMP durch konkrete Zeitvorgaben und Zuständigkeiten zu qualifizieren und finanziell zu untersetzen. Maßgeblich ist

[GRÜNER Antrag „Schulische Inklusion in Sachsen umsetzen – Fortgeschriebenen Aktions- und Maßnahmenplan vorlegen“ \(Drs 6/1762\)](#)

[Plenardebatte zum GRÜNEN Antrag \(10.06.2015\)](#)

die Verankerung eines Rechtsanspruchs auf inklusive Beschulung im Schulgesetz und ein konsequenter Wechsel der Perspektive. Die Frage lautet nicht, wie das Kind sein muss, damit es zur Schule passt, sondern wie die Schule sein muss, damit alle Kinder entsprechend ihrer Fähigkeiten und Bedürfnisse gefördert werden.

Obwohl wir einen Antrag mit gleicher Stoßrichtung im Frühjahr 2014 gemeinsam mit der SPD eingebracht hatten, konnte diese sich nun leider nicht durchsetzen. Unser Antrag wurde im Plenum von der schwarz-roten Mehrheit abgelehnt.



[PM „Novelle des Schulgesetzes – Petra Zais: Ich erwarte eine offen geführte Diskussion über Bildungspolitik in Sachsen“ \(24.11.2015\)](#)



Petra Zais im Gespräch mit dem SLV

Start der Reihe „Gute Schule 2020 – Anforderungen und Erwartungen an ein neues sächsisches Schulgesetz“

2016 soll das sächsische Schulgesetz endlich novelliert werden. Das tut Not. Die Liste der Reformbedarfe ist lang. Immer öfter wird das Schulgesetz den Lebensrealitäten und Ansprüchen von Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern, Eltern und Schulträgern nicht mehr gerecht. Die GRÜNE-Landtagsfraktion möchte in mehreren Veranstaltungen und im Austausch mit allen an Bildungspolitik Beteiligten diese Reformbedarfe diskutieren und die daraus gewonnenen Ergebnisse im Prozess der Schulgesetznovelle einbringen.

Den Auftakt bildete ein Fachgespräch zum Thema „Gemeinschaftsschulen in Sachsen – Schulversuch oder Regelform?“ am 26.11.2015 im Landtag. Rund 20 Fachleute folgten der Einladung. Nach Statements von Prof. Wolfgang Melzer (TU Dresden) und Bettina Heckmann-Reinhardt (Stadtelternrat Leipzig, Nachbarschaftsschule Leipzig, Initiative „Gemeinsam länger lernen in Sachsen“) tauschten sich die Gäste rege aus, etwa über die Frage, welche Rolle die Selbstständigkeit von Schulen für die Schulentwicklung spielt und welche Unterstützung die Schulen benötigen, wenn sie sich zu Gemeinschaftsschulen entwickeln wollen.

Petra Zais trifft in regelmäßigen Abständen Vertreterinnen und Vertretern von Gewerkschaften, Landeseltern- und Landesschülerrat. So traf sie zuletzt am 11.11.2015 Uschi Kruse, Landesvorsitzende der GEW, und am 02.12.2015 Herrn Weichert und Frau Müller vom Vorstand des Sächsischen Lehrerverbands. Zentrales Thema war auch bei diesen Treffen die anstehende Schulgesetznovelle. Ein Termin mit dem Landesschülerrat ist für Januar 2016 anberaumt.

Auf der Fraktionshomepage haben wir eine Themenseite zur Schulgesetznovelle erstellt, auf der Sie aktuelle Informationen und Terminhinweise finden – [HIER](#) geht's los!

Impressum

Für weitere Informationen, Fragen, Anregungen oder Kritik wenden Sie sich bitte an:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 Fraktion im Sächsischen Landtag
 Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
 01067 Dresden
 Fax: 0351 / 493 48 09

Petra Zais
 Bildungspolitische Sprecherin

Tel.: 0351 / 493 48 48
petra.zais@slt.sachsen.de

Nancy Biermann
 Parlamentarische Beraterin
 für Schule, frühkindliche Bildung und Sport

Tel.: 0351 / 493 48 31
nancy.biermann@slt.sachsen.de

V.i.S.d.P.: Nancy Biermann